A-09-254 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg
Beschlussdatum: 03.11.2025

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 254 bis 259:
Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere deutsche Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und ~~dem Holocaust~~der Shoah auf sich geladen hat. Das Existenzrecht des Staates Israels als sichere Heimstätte für Jüdinnen und Juden weltweit ist für uns ~~unverhandelbar~~ebenso unverhandelbar wie die Garantie von universellen Menschenrechten. Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrechts Israels ~~als Teil deutscher Staatsräson~~ heißt, Bedrohungen zu erkennen und die Sicherheit israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres

Von Zeile 262 bis 264 einfügen:
Bürger im Rahmen des Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Diese außenpolitische Verantwortung schlägt sich auch innenpolitisch nieder in unserem konsequenzen Einsatz für den Schutz aller jüdischen Menschen vor Diskriminierung, Hass und Gewalt.

Begründung

Der Begriff „Holocaust“ wird von Jüdinnen und Juden teilweise abgelehnt, weil das Wort in seiner biblischen Bedeutung eine religiöse, kultische Handlung meint. Der Holocaust im Nationalsozialismus war jedoch ein systematischer Massenmord.
Von vielen Jüdinnen und Juden wird deshalb das Wort „Shoah“ (sprich: Scho´ah) verwendet. Das Wort Shoah kommt aus dem Hebräischen und bedeutet so viel wie „Untergang“, „Katastrophe“. Der Begriff kommt auch in der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 vor (nicht jedoch in den deutschen Übersetzungen).

Der Begriff der "Staatsräson" hilft aufgrund seiner Vieldeutigkeit nicht Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, sondern beschränkt dringend erforderliche gesellschaftliche Gesprächsprozesse und wird zu oft genutzt, um wichtige Meinungsbildung abzuwürgen.

Es genügt nicht, dass unser außenpolitisches Handeln dem Schutz jüdischer Menschen dienen soll. Wir müssen auch innenpolitisch konsequent gegen die Diskriminierung, den Hass und die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden vorgehen.